

Arbeitspapier zur Bildungspolitik in Niedersachsen der Arbeitsgemeinschaft für Bildung in Niedersachsen (Vers. 2, August 2012)

**Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht, besonders auch ein Kinderrecht !
Investition in das Bildungssystem ist Förderung einer modernen Wirtschaft !
Es darf niemand mehr in unserem Bildungssystem verloren gehen !**

Prinzipien sozial gerechter Bildungspolitik der SPD

- Die SPD steht für echte Chancengleichheit. Im Mittelpunkt aller Bildungspolitik stehen die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Jedes Kind hat ein Recht auf einen gelingenden Bildungsweg, der nicht abhängig von der Lebenssituation und der finanziellen Lage der Eltern sein darf.
- Allen Kindern und Jugendlichen wird durch eine individualisierte Förderung in kleinen Klassen ermöglicht, einen ihren Möglichkeiten entsprechenden schulischen und beruflichen Abschluss zu erreichen. Sitzenbleiben und Abschulen werden abgeschafft.
- Gute Bildung beginnt mit einer frühen Förderung ab der Geburt. Unsere Gesellschaft hat die Verpflichtung jedem Kind gerecht zu werden durch eine möglichst frühe Begleitung der Eltern und die Einrichtung z.B. von Familienzentren, aber besonders auch durch ein inklusives Bildungssystem, in dem gemeinsames Leben und Lernen von Anfang an ermöglicht wird.
- Gute Bildung ist Teamarbeit. Damit Schulen ihre Bildungsaufgabe erfüllen und dem Anspruch inklusiver Schulen gerecht werden können, brauchen sie multiprofessionelle Teams: Förder- und Regellehrkräfte, Fachkräfte aus der Sozialarbeit, der Psychologie und den Gesundheitsberufen.
- Gute Bildung kostet Geld. Der Beschluss des Bundesparteitages vom Dezember 2011 "Für soziale Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben – Gleiche Bildungschancen als Voraussetzung für erfolgreiche Integration" legt fest, dass die SPD als Regierungspartei bei gleichzeitiger Aufhebung des Kooperationsverbotes zusätzlich 10 Milliarden Euro in Bildung investieren wird. Die Länder sollen diesen Betrag entsprechend aufstocken. Die durch Umsetzung der Inklusion und die Aufgabe von Schulen wegen sinkender Schülerzahlen frei werdenden Mittel verbleiben im Bildungshaushalt.
- Niedersachsen hat eine breit gefächerte Hochschullandschaft, die es weiter zu entwickeln gilt. Zusammen mit den Hochschulen wird die SPD ein Hochschulentwicklungskonzept erarbeiten, das die niedersächsische Hochschullandschaft entsprechend den wissenschaftlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erfordernissen weiterentwickelt, und genügend Studienplätze für die studierwilligen jungen Menschen ohne Studiengebühren ermöglicht.
-

Die niedersächsische SPD wird eine von diesen Prinzipien getragene Bildungspolitik umsetzen, da trotz vieler erschreckender Forschungsergebnisse und andauernder, nicht systematisch durchgeführter Reformen im Bildungsbereich die Lage vor allem auch in Niedersachsen nach wie vor unbefriedigend ist:

- Es gibt immer noch junge Menschen (7,5 % eines Jahrgangs) ohne Schulabschluss, bei den Zuwanderungsfamilien ist der Prozentsatz mit 15,4 % noch größer.
- Von den jungen Erwachsenen zwischen 25 und 34 Jahren bleiben 20,6 % ausbildungslos mit einem hohen Arbeitslosigkeitsrisiko.
- Alle nationalen und internationalen Studien zeigen, dass die soziale Herkunft in der BRD seit Jahren unverändert stark den Bildungserfolg bestimmt. Die drei Risikofaktoren sind bekannt: Armut, Arbeitslosigkeit der Eltern, Bildungsferne der Eltern.
- Ein Bildungssystem muss inklusiv sein, dazu hat sich auch die BRD verpflichtet, hat aber noch viel zu wenig zur Umsetzung erreicht. Im Bildungsbereich wie in allen anderen Lebensbereichen darf es keine Ausgrenzung von Menschen mehr geben. Mehr als die Hälfte der FörderschülerInnen haben keinen Schulabschluss.
- Bislang wird in Niedersachsen nur ein kleiner Teil der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf an Regelschulen beschult (nur 7,2% im Jahr 2009/2010 laut Statistischem

Bundesamt 2011). Die Mehrheit besuchte eine Förderschule. Erschreckend ist, dass kein anderes Bundesland eine so niedrige Inklusionsquote hat wie Niedersachsen! In Schleswig-Holstein liegt die Quote beispielsweise im Jahr 2009/2010 laut Statistischem Bundesamt 2011 bei ca. 46%.

Die Arbeitsfelder einer zukünftigen SPD-Landespolitik sind:

1. Elementarpädagogik

Rahmenbedingungen

Um die geforderte Qualität einer individuellen und inklusiven Förderung und Lernbegleitung in der KiTa zu ermöglichen, sind angemessene Rahmenbedingungen notwendig. Dazu gehören vor allem ein besseres Betreuungsverhältnis und eine angemessene räumliche und sächliche Ausstattung.

Die Realisierung des Kinderrechts auf Bildung durch familienergänzende Ganztagsangebote war und ist ein politisches Ziel der SPD. In einer Rechtsabwägung von Kinder- und Elternrechten muss die Gesellschaft für die Rechte der Kinder in Kooperation mit Familien, die das alleine nicht leisten können, eintreten. Die SPD steht für den Ausbau der Familienzentren als Lernorte für Eltern und die Weiterentwicklung aufsuchender Familienarbeit in der Jugendhilfe.

Wie bereits im Hamburger Programm 2007 gefordert, ist es das Ziel, eine gebührenfreie Betreuung, Bildung und Erziehung von Anfang an zu verwirklichen und mehr Ganztagsangebote zu schaffen.

Umfang und Qualität des Angebots

SPD hat zum Ziel, das Angebot und die Qualität der Krippen und Kindertagesstätten auszubauen. Darüber wird eine Vereinbarung von Familie und Beruf ermöglicht. Die Angebote für Bildung und Betreuung müssen so weiter entwickelt werden, dass jedes Kind von Anfang an die Förderung für seine kognitive und soziale Entwicklung bekommt, die es braucht. Dazu gehört schon eine Schwangerschaftsbegleitung und dann eine familienunterstützende sozialpädagogische Arbeit - z.B. in Familienzentren - in enger Abstimmung mit der Kinder- und Jugendhilfe. Der Ausbau von Krippen und Kindertagesstätten darf sich nicht an einem abstrakt festgestellten Prozentsatz orientieren, sondern muss sich am tatsächlichen Bedarf der Kinder und Eltern orientieren, den die Kinder- und Jugendministerkonferenz schon 2004 so beschrieb: "Der Schwerpunkt des Bildungsauftrags der Kindertageseinrichtungen liegt in der frühzeitigen Stärkung individueller Kompetenzen und Lerndispositionen, der Erweiterung, Unterstützung sowie Herausforderung des kindlichen Forscherdranges, in der Werteerziehung, in der Förderung, das Lernen zu lernen und in der Weltaneignung in sozialen Kontexten." Insbesondere für die Entwicklung von Kindern, die in einer wenig förderlichen Umgebung aufwachsen, ist die so beschriebene frühe Förderung eine notwendige Bedingung für einen gelingenden Einstieg in das schulische Bildungssystem. Die inklusiven Strukturen sollen noch weiter ausgebaut werden.

Qualifikation der PädagogInnen

Kitas können den hohen Anforderungen nur dann gerecht werden, wenn es engagierte Fachkräfte und bessere materielle und institutionelle Rahmenbedingungen gibt. Dazu gehört die Weiterqualifizierung der zurzeit in den Kitas Tätigen ebenso wie eine qualifizierte Ausbildung. Wir brauchen gezielte und präzise Anforderungen an die Aus- und Weiterbildung. Wissenschaft und Ausbildungsstätten müssen besser verzahnt und handlungsorientierte Lern- und Unterstützungskonzepte zur Verfügung gestellt werden.

Zur weiteren Verbesserung der Situation muss die Ausbildung frühpädagogischer Fachkräfte an Hochschulen, die sonst in Europa schon Standard ist, gestärkt und ausgebaut werden. Hochschulen und Fachschulen sollen gemeinsam dafür Sorge tragen, dass die Durchlässigkeit zwischen hochschulischer Bildung, den Fachschulen und der Praxis gewährleistet wird. Sinnvoll ist auch, einen gemeinsamen Studiengang für Elementar- und Grundschulpädagogik zu entwickeln. Eine Differenzierung des Studienangebots im Y-Modell mit einem gemeinsamen Grundlagenstudium und alters- und institutionsspezifischer Differenzierung trägt den unterschiedlichen Didaktiken im Vorschul- und Schulbereich Rechnung.

Das Bild von sozialen Berufen und die Bedeutung der sozialen Arbeit muss in der Gesellschaft verbessert werden, auch durch ein höheres Gehalt. Die Qualitätsentwicklung eines Berufsstands muss letztlich auch mit einer angemessenen Einkommensentwicklung einher gehen.

2. Schule

Primarbereich

Die SPD in Niedersachsen setzt sich zum Ziel, die Grundschulen so weiterzuentwickeln, dass sie zu Orten des Lebens und Lernens für **alle** Kinder - ohne Ausgrenzung - werden. Die Grundschulen der Zukunft sind inklusive Ganztagsgrundschulen, die konzeptionell, personell und sächlich so ausgestattet werden, dass jedes Kind unabhängig von seinen persönlichen Voraussetzungen angenommen und bestmöglich gefördert werden kann. Es erfährt im schulischen Alltag beim Lernprozess und in seiner weiteren sozial-emotionalen Entwicklung professionelle Begleitung, Förderung und Unterstützung.

Um diese Verantwortung auszufüllen muss die Grundschule als gebundene Ganztagschule arbeiten und benötigt ein pädagogisches Konzept für die Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder. Für die Qualität der pädagogischen Arbeit ist eine adäquate Personalausstattung in multiprofessionellen Teams unumgänglich.

In der inklusiven Ganztagsgrundschule

- werden alle schulpflichtigen Kinder aufgenommen und bestmöglich gefördert,
- stehen ausreichend Zeiten für innerschulische Kooperation und individuelle Förderung zur Verfügung,
- ist die Klassenstärke deutlich geringer als bisher,
- gibt es statt Zensuren und Ziffernzeugnissen lernfördernde und aussagekräftige Lerngespräche, Lernentwicklungsberichte, Beratungen, bzw. Portfolios für alle Kinder,
- wird großer Wert gelegt auf interkulturelle Erziehung und Förderung der Mehrsprachigkeit,
- kann altersübergreifend gearbeitet werden, z.B. in einer offenen Eingangsstufe
- gibt es keine Versetzung, kein Sitzenbleiben,
- ist die Schule so ausgestattet, dass sie allen Kindern gerecht werden kann - auch ohne dass eine Feststellung des besonderen Förderbedarfs erfolgen muss,
- gibt es für Kinder mit Förderbedarf kurzfristig und unbürokratisch Unterstützung aus einem zentralen Beratungs- und Unterstützungspool,
- gibt es eine enge Zusammenarbeit zwischen KiTa und Schule,
- findet am Ende der Grundschulzeit eine Beratung der Kinder und Eltern zum weiteren Bildungsverlauf statt.

Sekundarbereich

Die SPD in Niedersachsen stellt das lernende Kind/den lernenden Jugendlichen in den Mittelpunkt. Sein Lernweg soll individuell begleitet werden mit dem Ziel optimaler Förderung im kognitiven, praktischen, musisch-ästhetischen und sozial-emotionalen Bereich. Aus diesem Grund schaffen wir das Sitzenbleiben und die Möglichkeit der Abschlusung ab.

Individuelle Förderung der verschiedenen Schülerinnen und Schüler ermöglicht Lernen auf dem jeweiligen Leistungsniveau im Sinne inklusiver Pädagogik. Die Vielfalt der Schülerinnen und Schüler soll aufgegriffen werden, sei es in Form von sonderpädagogischer Förderung oder in Bezug auf den Zweitspracherwerb. Sprachförderung soll beispielsweise nicht nur nebenbei, vor allem nicht nur im vorschulischen Bereich, durchgeführt werden, sondern strukturiert - auch im Sekundarbereich - ausgebaut werden. So ist es möglich, Deutsch als Bildungs- und Unterrichtssprache bei allen Kindern und Jugendlichen gezielt zu fördern. Motivation, Spaß am Lernen und Leistungsorientierung muss kein Widerspruch sein. Ein modernes, inklusives Schulsystem orientiert sich an den Stärken und Talenten der Schülerinnen und Schüler und fördert diese.

Für die Sekundarstufe II bedeutet das eine stärkere Wahlfreiheit und größere zeitliche Flexibilität für die Schüler und Schülerinnen.

Diese Aufgabe lässt sich am einfachsten an Grundschulen und den Integrierten Gesamtschulen (IGS) realisieren, die zur Regelschulform werden, und an denen auch das Abitur nach 13 Jahren wieder

ermöglicht wird. Haupt- und Realschulen werden auf Dauer in der IGS integriert. An den Gymnasien wird die Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 angeboten. Die Oberschulen und kooperativen Gesamtschulen werden kurzfristig in Integrierte Gesamtschulen umgewandelt. Das Schulgesetz wird dahingehend geändert, dass neu gegründete IGS gebundene Ganztagschulen werden, die Fünfstufigkeit als Bedingung für Neugründungen wird abgeschafft. Je nach regionalen Bedingungen können sie für die Schulträger wahlweise 3-4stufig sein.

Ganztagschulen

Alle Schulen sollen langfristig zu gebundenen Ganztagschulen werden, die schon genehmigten Ganztagschulen werden zu gebundenen Ganztagschulen umgestaltet.

Ganztagschulen sind unsere Antwort auf die gesellschaftlichen Veränderungen, indem sie helfen, Kultur- und Sozialdefizite abzubauen und den Kindern eine deutlich günstigere Sozialisation innerhalb der Schulgemeinde ermöglichen. Ganztagschulen bieten die Möglichkeit der ganzheitlichen Erziehung und bieten Zeit und Raum für Sport, Musik, Theater, Umwelt- und Projektunterricht. Ganztagschulen entlasten Eltern und verbessern die Vereinbarkeit von Job und Familie. Ein gesundes Mittagessen gehört zum Standard einer Ganztagschule.

Für ein gesundes Mittagessen müssen allgemein verbindliche Kriterien aufgestellt werden.

Ganztagschulen sind Schulen,

- die allen Kindern an jedem Werktag ein unentgeltliches und durchgehend strukturiertes Angebot in der Schule bieten,
- in denen Aktivitäten der Kinder am Vor- und Nachmittag in einem konzeptionellen Zusammenhang stehen,
- an denen Sozialarbeit stattfindet,
- in denen eine enge Verzahnung von Jugendhilfe und Schule gewährleistet ist, z.B. nach dem Modell der "settlement worker" aus Kanada
- in denen die gemeinsame und individuelle Freizeitgestaltung der Kinder als Aufgabe im Konzept enthalten sind,
- in denen alle Kinder kostenlosen Zugang zu kulturellen Angeboten haben,
- bei denen erweiterte Bildungsangebote, individuelle Fördermaßnahmen und übendes Lernen in die Konzeption eingebunden sind,

Inklusive Schulen

Chancengleichheit durch inklusive Schulen

Die SPD verfolgt bereits seit Jahrzehnten das Ziel einer Schule für alle. Aus diesem Grund ist ein Ziel, alle Schulen zu inklusiven Schulen in Niedersachsen auszubauen, d.h. auch sie barrierefrei umzugestalten. Das Ziel einer inklusiven Schule erhält in Deutschland seit 2009 mit der ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention eine neue Rechtsgrundlage. Inklusion ist dabei nicht nur prägend für das Verhältnis von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Beeinträchtigungen, sondern umfasst das gesamte Spektrum von gesellschaftlicher Vielfalt. Im schulischen Kontext ist damit gemeint, dass Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrer Herkunft, ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen in einer Regelschule beschult werden können. Lernbeeinträchtigte wie hochbegabte Schüler und Schülerinnen profitieren in der kognitiven wie in der sozial-emotionalen Entwicklung vom gemeinsamen Lernen. Inklusion richtet sich also nicht ausschließlich an die Gruppe von Kindern mit Beeinträchtigungen, sondern an jegliche Form von Vielfalt, auch beispielsweise Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund.

Erhöhung des Lernniveaus durch individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler

Aus verschiedenen Studien, beispielsweise der Bertelsmannstudie 2009, ist bekannt, dass insbesondere lernschwächere Schülerinnen und Schüler in heterogenen Gruppen besser lernen, die anderen aber nicht benachteiligt sind, sondern in ihrer sozial-emotionalen Entwicklung gefördert werden. Obwohl Förderschullehrkräfte sehr engagierte Arbeit leisten, wissen wir aus Studien, dass Schülerinnen und Schüler stark von ihrer Peergruppe geprägt werden und in heterogenen Lerngruppen bessere Ergebnisse erzielen. So betont Professor Klemm, dass lernschwächere Schülerinnen und Schüler von heterogenen Lerngruppen profitieren, „ohne die Leistungsstärkeren dort in ihrer Entwicklung zu ‚bremsen‘“ (Klemm 2009, S. 12). Inklusive Schulen haben also zum Ziel, eine Verbesserung der Leistungen **aller** SchülerInnen - auch der leistungsstarken - zu erreichen. Es geht somit nicht um eine Absenkung des Lernniveaus, sondern um ein gerechteres Schulsystem, von

dem alle Schülerinnen und Schüler profitieren können, nicht nur ausgewählte Gruppen. Wir wissen aus den Erfahrungen anderer Länder, dass dieses möglich und erfolgreich ist!

Professionelle Lehrerschaft und Unterstützung für alle Beteiligten

Die SPD wird die UN-Behindertenrechtskonvention konsequent und zeitnah umsetzen. Niedersachsen soll nicht mehr die niedrigste Inklusionsquote deutschlandweit haben, wie es bislang laut Statistischem Bundesamt (2011) der Fall ist. Auch in Niedersachsen soll zukünftig die gemeinsame Beschulung von Schülerinnen und Schüler mit und ohne Förderbedarf erheblich und auf hohem pädagogischem Niveau ausgebaut werden, um Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit zu ermöglichen. Wie in Bremen wird es eine weitgreifende Gesetzesänderung geben, so dass Förderschulen sukzessive abgebaut werden. Der mit der Einführung der Inklusion an allgemeinbildenden Schulen verbundene Abbau der Förderschulen darf nicht zu einer Verringerung der Ressourcen für das Bildungssystem führen. Inklusive Schulen erhalten notwendige personelle, sachliche und räumliche Ressourcen:

- Zukünftig wird die sonderpädagogische Förderung mehrheitlich in gut ausgestattete inklusive Schulen im Primar- und Sekundarbereich verlagert.
- Darüber hinaus wird die kognitive, kulturelle und sprachliche Vielfalt wahrgenommen und individuelle Berücksichtigung und Förderung erfahren.
- Dazu zählt auch, dass Fachkräfte an Schulen die gesellschaftliche Vielfalt widerspiegeln (z.B. mehrere Sprachen sprechen, selbst Migrationserfahrungen oder eine Beeinträchtigung aufweisen).
- Regelschullehrkräfte sollen in ihren Schulen und in ihrem Unterricht gut unterstützt werden: Ein Beispiel ist, für Schülerinnen und Schüler im Zweitspracherwerb strukturierte Sprachfördermaßnahmen für Deutsch als Bildungs- und Unterrichtssprache durch qualifizierte Sprachlehrkräfte fest zu etablieren. Ein weiteres Beispiel: Statt einen Sonderpädagogen von einer Regelschule zur nächsten zu schicken, strebt die SPD an, dass Sonderpädagogen an inklusiven Regelschulen fest zum Lehrerkollegium gehören.
- Es wird gewährleistet, dass nicht nur über die Feststellung des besonderen Förderbedarfs sonderpädagogische Ressourcen an die Regelschule gegeben werden. Wir wissen, dass die Feststellung des besonderen Förderbedarfs eine negative Etikettierung beinhaltet und oftmals zu Diskriminierungen führt.
- Jede inklusive Schule verfügt über Experten, die sich mit den individuellen Gegebenheiten einer Schule auskennen und zum Team einer Schule gehören. Auf diese Art kann eine individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen gezielt und systematisch im Unterricht vorgenommen werden, bei der jeder geschätzt und respektiert – und nicht beschämt wird.
- Auch auf Schulleitungsebene soll sonderpädagogische Kompetenz vorhanden sein. Ziel ist es, alle Kinder und Jugendlichen eine volle gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Professionell ausgerichtete und qualitativ hochwertige Schulen ermöglichen dieses.

3. Berufliche Bildung

Den Übergang von der Schule in die Berufsausbildung erfolgreich gestalten

Nach dem Verständnis der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Niedersachsen hat jeder Jugendliche ein Recht auf eine Berufsausbildung. Jeder Schulabschluss muss einen Weg in die berufliche Bildung ermöglichen - auch in der beruflichen Bildung gelten die Prinzipien der Inklusion. Unser Ziel ist dabei die Senkung der Jugendarbeitslosigkeit auf Null. Eine nachhaltige Berufsorientierung sollte in der 8. Klasse beginnen, dokumentiert und so gestaltet sein, dass der Anschluss an das jeweils folgende Bildungssystem gewährleistet ist. Die Berufsorientierung ist elementarer Bestandteil der Sekundarstufe I der allgemeinbildenden Schulen inklusive der gymnasialen Bildungsgänge, da ein Teil der Jugendlichen nach Erreichen der Hochschulreife ebenfalls eine betriebliche Ausbildung anstrebt. Auch für die Studienwahl ist die berufliche Orientierung von großer Wichtigkeit.

Besonders die berufsbildenden Schulen haben die besten Voraussetzungen durch ihre berufsbezogene Kompetenz und ihre Kontakte zur ausbildenden Wirtschaft, um die Orientierung, Qualifikation und

Vermittlung von Jugendlichen zu unterstützen. Sie müssen früher und stärker als Gelenkfunktion in ein institutionell systematisches Vorgehen für einen erfolgreichen Übergang in den Beruf eingebunden und freien Trägern in feste Kooperationen mit den berufsbildenden Schulen eingebunden werden.

Berufsausbildung

Die Duale Berufsausbildung ist international anerkannt und hat sich bewährt. Deshalb setzt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in Niedersachsen weiterhin auf dieses Erfolgsmodell. Ziel ist eine kontinuierliche und systematische Begleitung des Jugendlichen ab dem Zeitpunkt der Berufsorientierung bis zum erfolgreichen Berufsabschluss. Bisher im Bildungssystem benachteiligte Gruppen, z.B. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, müssen stärker als Zielgruppe angesprochen und gefördert werden. An die Stelle von bisherigen Warteschleifen im Übergang aus der allgemeinbildenden Schule in die Berufsausbildung müssen direktere Zugänge in die Duale Ausbildung treten. Die Handlungsorientierung ist als didaktische Konzeptvorstellung des berufsschulischen Unterrichts konsequent weiter zu entwickeln. Da eine ganzheitlich berufliche Bildung mehr ist als eine funktionalistische Ertüchtigung für spezifische betriebliche Aufgaben, ist eine Ausweitung des allgemeinbildenden Unterrichts unerlässlich. Die Unterrichtsfächer Deutsch und Englisch führen erst über die sprachliche Handlungsfähigkeit zur beruflichen Handlungsfähigkeit und das Fach Politik erklärt die immer komplizierter werdenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenhänge und schafft damit die Voraussetzung für mündige Bürger.

Schulen des berufsbildenden Schulsystems repräsentieren die Durchlässigkeit des Schulsystems in besonderer Weise. Deshalb halten wir an den vollzeitschulischen und teilzeitschulischen Angeboten an berufsbildenden Schulen fest. Auch allgemeinbildende Schulen müssen für den erfolgreichen Übergang in die Berufsausbildung Verantwortung übernehmen, um sinnlose Warteschleifen abzubauen.

Sollten die Jugendlichen trotz aller Bemühungen der ausbildenden Wirtschaft im dualen System keinen Ausbildungsplatz erhalten, ist das Angebot der staatlichen berufsbildenden Schulen mit ihren berufsqualifizierenden Berufsfachschulen zu sichern und auszubauen, denn sie vermitteln sowohl eine fachlich qualifizierte berufliche Bildung als auch weiterführende allgemeinbildende Abschlüsse. Das ist sinnvoller, als zweifelhafte und wenig zielführende Maßnahmen in Übergangssystemen zu finanzieren. Angesichts der durchschnittlichen Auflösungsquote von 20 % der Ausbildungsverträge - in einzelnen Branchen noch wesentlich höher - werden wir mit den Kammern Initiativen zur Steigerung der Ausbildungsqualität in den Betrieben und Förderung der Auszubildenden ergreifen. Nicht zuletzt in diesem Zusammenhang werden die Zukunfts- und Innovationszentren an den berufsbildenden Schulen, die im Zuge des Konjunkturprogramms zur qualifizierten Erstausbildung und Weiterbildung eingerichtet worden sind, weiter ausgebaut.

Fachoberschule, Berufsoberschule und Berufliche Gymnasien eröffnen in besonderem Maße Schülern und Schülerinnen mit einem qualifizierten Abschluss der Sekundarstufe I Chancen, den Hochschulzugang zu erreichen. Schon heute kommt ein großer Teil des gesamten Ingenieur Nachwuchses über diesen Weg. Die Potentiale dieser Schulformen wollen wir daher stärker nutzen und ausbauen.

Um diese Abschlüsse zu erreichen soll nach der zwölfjährigen Schulpflicht für Haupt- und Realschüler ein mehrjähriges „Schulrecht“ greifen, das die Schulen zur Annahme auch volljähriger Schüler verpflichtet.

Für Jugendliche mit Vermittlungshemmnissen werden Maßnahmen zur Ausbildungsförderung angeboten. Diese Ausbildungsförderung knüpft an die Berufsorientierung an, greift die dort erstellte Berufswegeplanung auf und setzt die Arbeit daran gezielt fort.

Die Struktur der berufsbildenden Schulen wird bei einer Regierungsübernahme entsprechend den beschriebenen Zielen weiterentwickelt, dazu gehört auch die Stärkung der Eigenverantwortung der Schulen.

4. Hochschule und Wissenschaft

Hochschulen in Niedersachsen

Niedersachsen braucht Hochschulen, die stark sind in Grundlagen- und Anwendungsforschung, die aber genauso exzellent sind in der Lehre.

Niedersachsen muss mehr Möglichkeiten schaffen zur Ausbildung von Fachkräften. Dazu zählt neben einem qualitativ hochwertigen Bildungssystem auch die berufsbegleitende Weiterbildung durch die Hochschulen. Gerade um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, ist die Möglichkeit für ein berufsbegleitendes Studium in einem durchlässigen Bildungssystem relevant. Neben der Stärkung der Offenen Hochschule ist es sinnvoll, die Hochschulen des Landes noch stärker in die Weiterbildung einzubeziehen.

In der Konsequenz heißt dies: ein Ausbau von Hochschulen ist zwingend notwendig. Besonders die Fachhochschulen bieten in ihrer regionalen und berufsbezogenen Struktur sehr gute Möglichkeiten einem befürchteten Fachkräftemangel vorzubeugen und die Beteiligung an tertiärer Bildung zu erhöhen. Zudem sind die Fachhochschulen wichtige Partner in der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung. Die vom Wissenschaftsrat aufgezeigten neuen Differenzierungsmöglichkeiten der Hochschulen sollen in die Diskussion einbezogen werden.

Die SPD wird nicht bei Fächern sparen, die nicht vordergründig an wirtschaftlichen Interessen orientiert ausbilden oder forschen. Die in den Hochschulen vorhandenen Kompetenzen sollen mehr als bisher in die Lösung gesellschaftlich relevanter sozialer, ökologischer, ökonomischer und technischer Probleme einbezogen werden. Das bedingt eine gleichmäßige Unterstützung aller Fächer.

Hochschulfinanzierung / Studiengebühren

Die Hochschulen sind seit Jahren unterfinanziert. Hochschulen, die studierendenfreundliche exzellente Lehre mit Forschungsexzellenz verbinden sollen, brauchen eine solide Grundfinanzierung, die langfristig sicher sein muss. Der Bund sollte für die Grundfinanzierung der Hochschulen mit in die Verantwortung genommen werden, dazu fordert die niedersächsische SPD die Aufhebung des Kooperationsverbots.

Studiengebühren werden abgeschafft, da sie die soziale Ungleichheit im Bildungssystem noch vertiefen. Es wird aber sichergestellt, dass die durch die Studiengebühren finanzierten Projekte, Strukturen und Betreuungsmöglichkeiten an den Hochschulen durch eine entsprechende Landesfinanzierung weitergeführt werden können.

Bolognaprozess

Der Bolognaprozess, der während der Regierungszeit der SPD im Bund begonnen wurde, ist noch lange nicht beendet. Zwar haben fast alle Studiengänge ihre Abläufe der neuen Reform angepasst, dennoch bedarf es erheblicher Anstrengungen die strukturellen Vorgaben auch inhaltlich und hochschuldidaktisch zu füllen. Ziel ist es, dass die Vorteile eines modularisierten, kompetenzorientierten Studiums allen Studierenden zugute kommen. Ein erster berufsqualifizierender Hochschulabschluss mit dem Bachelor ist dabei, wo es möglich und sinnvoll ist, für alle Hochschulen Pflichtprogramm. Der Übergang in ein Masterstudium darf nicht eingeschränkt sein, nur der fachadäquate Bachelor soll zukünftig Voraussetzung für die Aufnahme des Masterstudiums sein. Die wechselseitige Anerkennung von Studienleistungen zwischen den Hochschulen muss transparenter und einfacher werden. Die SPD nimmt die Kritik vieler Studierendenvertreter am neuen System ernst. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass auch während des Bachelor- und Masterstudiums genügend Freiraum bleibt, seinen eigenen Interessen im gewählten Fach nachgehen zu können.

Das privatwirtschaftliche Modell der Akkreditierungsagenturen soll auf den Prüfstand, alternative Modelle sollen entwickelt werden. Die Praxis der Akkreditierung von Studiengängen soll in Richtung eines Qualitätssicherungssystem der Hochschulen, wie es auch bei der Systemakkreditierung schon erprobt wird, weiterentwickelt werden.

Hochschulstruktur

Die Autonomie der Hochschulen war und ist ein sinnvolles politisches Ziel, muss aber noch weiterentwickelt werden: Das Instrument der Zielvereinbarungen z.B. , mit denen das Land seine selbstverständliche, steuernde Verantwortung wahrnimmt, soll sich auf die politischen Ziele und Vorgaben für eine Hochschule beziehen, die Umsetzung bleibt der Hochschule überlassen.

Das in Niedersachsen eingeführte Modell der Stiftungshochschule soll kritisch evaluiert werden und die Ergebnisse in die Weiterentwicklung der Hochschulstrukturen einfließen. Die professionelle Leitung von Hochschulen bis zur Fakultätsebene soll gestärkt werden. Funktion und Einfluss der Hochschulräte sollen daraufhin evaluiert werden, ob sie für die Hochschulen nützlich und hilfreich waren.

Personalstruktur

Neben den traditionellen Professuren brauchen Hochschulen einen Mittelbau mit fairen Anstellungs- und Qualifizierungsbedingungen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Kurzzeitig befristete und schlechte bezahlte Arbeitsplätze für den wissenschaftlichen Nachwuchs lehnen wir ab. Auch die Ausbeutung von habilitierten und promovierten Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen und anderer Honorarkräfte in der Lehre wird beendet.

Der Beruf des Hochschullehrers/der Hochschullehrerin muss wieder attraktiver werden, z.B. auch durch die Einführung von Lecturern auf Dauerstellen nach angelsächsischem Vorbild. Hochschulen müssen in Kooperation mit dem MWK wissenschaftsadäquate Modelle der Personalentwicklung erarbeiten und Mittel dafür bekommen. Die Einführung von Lehrprofessuren soll mit den Hochschulen erörtert werden.

Studierende

Allen jungen Erwachsenen, die studierfähig sind, wird der Zugang zur Hochschule ermöglicht. Die SPD in Niedersachsen wird sich für eine BAFÖG-Weiterentwicklung einsetzen, die allen Studierenden ein Studium und einen Master-Abschluss ermöglicht. Teilzeitstudienmodelle werden ebenfalls gefördert. Die Altersbeschränkung sollte entfallen.

Die Erfahrungen der Studierenden sollen über geeignete Strukturen in die Struktur- und Curriculumsentwicklungen von Studiengängen einbezogen werden.

5. Lehrerbildung neu gestalten - inklusiver Lehramtsstudiengang mit einem gesicherten Theoriepraxisbezug

Die Lehreraus- und -weiterbildung ist vor dem Hintergrund der sich entwickelnden Schullandschaft und den Anforderungen, die aus einer Bildungsarbeit bereits im Elementarbereich und aus der inklusiven Beschulung erwachsen, neu zu gestalten.

Gleichlange Studiengänge mit einem systematischen Theorie-Praxis-Bezug

Für alle Lehramtsstudiengänge gibt es ein sechssemestriges Bachelorstudium, an das ein viersemestriges Masterstudium anschließt. Im Rahmen der Weiterentwicklung des Bolognaprozesses wird evaluativ geprüft, ob der fachspezifische Bachelor aufgegeben werden soll und von Anfang an bildungswissenschaftliche Anteile mit entsprechender Praxis integriert werden können. Das Masterstudium wird als integriertes Theorie-Praxis-Studium gestaltet.

Wesentliche Elemente der bisherigen sonderpädagogischen Ausbildung sind als Vorbereitung auf die Tätigkeit in einer inklusiven Schule zu implementieren. Für das Studium im Elementar- und Primarbereich sind gemeinsame Veranstaltungen sicherzustellen. Das Lehramt an allgemeinbildenden Schulen wird als Stufenlehrerausbildung gestaltet. Absolventen mit dem Master of Education sind berufsfertig. Sie können daher direkt in den Schuldienst eingestellt werden.

Berufseinstiegsphase für Absolventen mit einem Master of Education

Die mit einem Master of Education eingestellten Lehrkräfte werden über eine zwei- bis dreijährige Berufseinstiegsphase begleitet.

Inhaltliche Neuausrichtung der Studienseminare

Die Aufgaben der Studienseminare werden neu beschrieben. Die Kapazitäten der Studienseminare werden für die Betreuung der in das Masterstudium integrierten Praxisanteile eingesetzt. Die Auszubildenden der Studienseminare gestalten in Kooperation mit den Lehrenden der Hochschulen das entsprechende Angebot. Die Studienseminare begleiten ebenso durch ihre Fort- und Weiterbildungsangebote die Lehrkräfte in der Berufseingangsphase. Im Rahmen der Lehrerfort- und Weiterbildung übernehmen die Auszubildenden der Studienseminare weitere Aufgaben. Das Qualifikationsprofil der an den Studienseminaren Lehrenden wird um hochschuldidaktische und erwachsenenpädagogische Anteile ergänzt, entsprechende Qualifizierungsmöglichkeiten werden angeboten.

Organisation der Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte

Die Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte wird über pädagogische Zentren realisiert. Diese können an Hochschulstandorten mit Lehramtsstudiengängen eingerichtet werden. In ihnen wirken die Studienseminare mit. Die pädagogischen Zentren koordinieren die Zusammenarbeit zwischen Hochschule, Studienseminar und Schule. Die bereits bestehende Sonderform des RPZ in Aurich wird in ihrem Bestand langfristig gesichert.

6. Kulturelle Bildung

„Kultur hilft dem Einzelnen, sich seiner selbst bewusst zu werden, sich zu positionieren, und sie hilft der Gesellschaft, die Gegenwart als Chance zu begreifen. Kulturpolitik muss helfen, dafür die Weichen zu stellen.“ (Christina Weiss: „Kultur als Lebensmittel“)

Kulturelle Bildung ist ein besonderer Aspekt der Allgemeinbildung, der sich vorrangig auf Wahrnehmungsförderung und künstlerische Gestaltung bezieht. Vermittlung von *kultureller Bildung* geschieht in den allgemeinbildenden Schulen und in Projekten und Weiterbildungsangeboten. Sie ist eine Gemeinschaftsleistung von Gruppen, Vereinen, Verbänden sowie - bezogen auf Kinder und Jugendliche - auch Kindertagesstätten und Schulen.

Durch angeleitete Beschäftigung mit Kultur und Kulturangeboten wird auf der sozial-emotionalen Ebene die Entwicklung und Sozialisation unterstützt. Es kann dabei auch die Motivation geweckt werden, sich selbst mit kulturellen und Bildungsangeboten zu beschäftigen. Es wird das Instrumentarium erlernt für das Verständnis im Umgang u.a. mit bildender Kunst, Literatur, Musik, Tanz. *Kulturelle Bildung* kann die Brücke bauen zwischen Kunst und Publikum.

Die Intentionen kultureller Bildung sind:

- Bekannt machen mit allen Bereichen kultureller Angebote,
- Vertraut werden im Umgang mit musischen Themen,
- Praktischer Umgang mit künstlerischen Techniken,
- Entwicklung der eigenen Kreativität,
- Befähigung zur kritischen Reflexion ästhetischer Phänomene und
- Befähigung zur Meinungsbildung durch die Sensibilisierung der Wahrnehmung.

Die Finanzierung erfolgt aus den unterschiedlichsten Haushaltsbereichen, sei es durch zusätzliche Bereitstellung oder im Zuge der Umwidmung vorhandener Mittel.

Bezogen auf junge Menschen wird die SPD den Abbau der Musik- und Kunstunterrichtsstunden in den Stundentafeln gerade vor dem Hintergrund der Verkürzung der Schulzeit nicht mitmachen.

Ebenso unterstützt sie, ErzieherInnen des Vorschulbereiches für altersspezifische Elemente der *kulturellen Bildung* gezielt weiterzubilden, und entsprechende Vernetzungen zu unterstützen.

Eine zukunftsfähige Bildungspolitik wird sich daran messen lassen müssen, dass sie den ganzen Menschen mit all seinen – auch kreativen – Fähigkeiten und Entwicklungspotenzialen fördert, dass sie den Menschen zur Urteilsfähigkeit und zur Auseinandersetzung mit sich, der Gesellschaft und seiner Umwelt befähigt.

7. Erwachsenen- und Weiterbildung (bis auf den letzten Spiegelpunkt aus: *Zukunft der Bildung - Sozialdemokratische Perspektiven zur Bildungspolitik in Niedersachsen, Landesvorstand 2006*)

Die SPD wird die Institutionen der Erwachsenenbildung darin unterstützen, sich auf veränderte gesellschaftliche Anforderungen einzustellen. Sie sollen ihre Leistungsfähigkeit erhalten, den Umbau sozialverträglich gestalten und gesellschaftliche Ressourcen optimiert nutzen können. Unsere Ziele dabei sind:

- Die Erwachsenenbildung muss anerkannter und akzeptierter Bestandteil einer Gesamtkonzeption verlässlicher öffentlicher Bildungsstrukturen werden. Das Land muss sich weiter für die Erwachsenenbildung verantwortlich zeigen und entsprechende Strukturen bereitstellen.
- Um eine Neuorientierung öffentlicher Erwachsenenbildung entsprechend der veränderten

gesellschaftlichen Anforderungen in die Wege zu leiten, muss das Land den Dialog mit den Einrichtungen suchen und Anstöße geben, damit der gesellschaftlich steigenden Nachfrage nach kompensatorischer und fördernder Bildung mehr Raum geben wird.

...

- Die Erwachsenenbildung muss mit Berufsbildenden Schulen zusammenarbeiten, dort vorhandene Ressourcen nutzen und mit gemeinsamen Angeboten Qualifikationsmöglichkeiten in der beruflichen Weiterbildung entwickeln. Dies gilt auch für die Zusammenarbeit mit den Hochschulen.
- Das Land garantiert, dass das System öffentlicher Weiterbildungsstruktur erhalten bleibt. Dabei muss geklärt werden, welche Formen der Förderungen im System zukünftig zentral sein sollen: institutionelle Förderung oder TeilnehmerInnenförderung oder eine Mischform aus beiden. Es müssen Kriterien entwickelt werden, welche Quantitäten mit welchen Qualitäten erwartet werden und wie diese gesichert werden können.
- Auch das Zusammenspiel zwischen öffentlich anerkannter und geförderter Erwachsenen- und Weiterbildung und privater Anbieter von Weiterbildung ist zu klären.
- Erwachsenenbildung ist auch politische Bildung. Sie soll die Teilhabe mündiger und kritischer Bürger fördern. Die SPD wird deshalb die nur in Niedersachsen als einzigem Bundesland abgeschaffte Landeszentrale für Politische Bildung wieder ins Leben rufen.